



II-1056 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

1

DR. FRANZ LÖSCHNAK
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

Zl. 68.300/43-IV/1/91

Wien, am 5. März 1991

An den
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 W i e n

300 IAB
1991-03-07
zu 321/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. PIRKER, BURGSTALLER und Kollegen haben am 17. Jänner 1991 unter der Nr. 321/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Ausbau des Zivilschutzes in Österreich" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- " 1) Welche Maßnahmen beabsichtigen Sie zu einer Bereinigung der Kompetenzkonflikte im Bereich des Zivilschutzes, um einen effizienten Zivilschutz durchsetzen zu können?
- 2) Welche konkreten Vorhaben zur Verbesserung des Zivilschutzes in Österreich sollen in der XVIII. GP durchgeführt werden?
- 3) In welcher Form sollen die internationalen Kontakte zur Verbesserung des Zivilschutzes weitergeführt werden?
- 4) Wie weit wurde der Ausbau des bundesweiten Warn- und Alarmsystems bereits durchgeführt und welche Verbesserungen sollen in diesem Bereich im Laufe der XVIII. GP vorgenommen werden?
- 5) Welche Vorkehrungen sind für einen allfälligen Atomstörfall in einem der grenznahen Atomkraftwerke getroffen worden?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Im Herbst 1990 wurde im Bundeskanzleramt gemeinsam mit den Bundesministerien für auswärtige Angelegenheiten, Finanzen, Landesverteidigung und meinem Ressort eine Arbeitsgruppe gebildet, die nunmehr eine Punktation bezüglich eines künftigen Bundesgesetzes betreffend Katastrophenhilfe im Ausland ausgearbeitet hat. Diese Punktation soll auch die Grundlage für einen neuen Entwurf eines Bundesgesetzes betreffend die Abwehr und Bekämpfung überregionaler Katastrophen bilden.

Weiters wurden die Vorarbeiten zur Ausarbeitung eines Bundesgesetzes über die Inanspruchnahme von Leistungen für öffentliche Zwecke (Leistungsanforderungsgesetz) aufgenommen.

Zu Frage 2:

Es ist vorgesehen, die Zivilschutzschule des Bundesministeriums für Inneres hinkünftig, in enger Zusammenarbeit mit allen befaßten Stellen, als gemeinsame Ausbildungsplattform für alle in diesem Bereich verantwortlichen Führungskräfte - bis auf Bezirksebene hin - auszubauen.

In diesem Zusammenhang ist geplant, den in Österreich mit Zivilschutzaufgaben befaßten Führungskräften auf die aktuellen Gegebenheiten abgestimmte Katastrophenschutzseminare anzubieten.

Weiters werden die Bemühungen verstärkt, die Information der Bevölkerung zu intensivieren.

Ich habe im Jänner 1991 einen Arbeitskreis, dem Vertreter des Bundes, der Länder, des Österreichischen Zivilschutzverbandes und der Einsatzorganisationen angehören, eingesetzt, der derzeit an einem Konzept betreffend die Steigerung der Effizienz der Selbstschutz-Informationszentren arbeitet.

Zu Frage 3:

Die Bemühungen, entsprechende Vorsorgen für die grenzüberschreitende Katastrophenhilfe zu treffen, gewinnen auf zwischenstaatlicher Ebene - insbesondere im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und der UNO - zunehmend an Bedeutung. Ein erstes derartiges Abkommen wurde mit der Bundesrepublik Deutschland bereits am 23. Dezember 1988 unterzeichnet.

Mit Ungarn stehen die Verhandlungen kurz vor dem Abschluß, mit der Schweiz wurden Verhandlungen aufgenommen, mit Italien sind Vorgespräche im Laufen. Die Tschechoslowakei hat sich bereit erklärt, mit Österreich ein solches Abkommen abzuschließen, die Verhandlungen werden in Bälde aufgenommen. Auch mit der UdSSR werden diesbezüglich Kontakte aufgenommen. Das ho. Ressort unterstützt weiters die Initiative des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten für ein gesamteuropäisches Katastrophenhilfeabkommen, das den multilateralen Mantel für diese bilateralen Abkommen bilden soll.

Für den Bereich der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes wurden neben den IAEO-Abkommen über die frühzeitige Benachrichtigung und die Hilfeleistung bei nuklearen Un- bzw. Störfällen bilaterale Abkommen mit der Tschechoslowakei, mit Ungarn, der UdSSR und Polen unterzeichnet. Hinsichtlich des seinerzeit mit der DDR getroffenen Abkommens werden derzeit Vorgespräche mit der BRD bezüglich der Ausweitung dieses Vertrages auf das gesamte deutsche Staatsgebiet geführt. Weiters sind auch mit Italien und Jugoslawien Vorgespräche im Laufen.

Zu Frage 4:

Die Sirensysteme der Bundesländer Kärnten, Salzburg, Oberösterreich und Steiermark wurden bereits an die zentrale Sirenensteuerung in der Bundeswarnzentrale des Bundesministeriums für Inneres angeschlossen. Nach Fertigstellung der technischen Voraussetzungen wird im Mai 1991 das Sirensystem im Burgenland angeschlossen werden, in Niederösterreich, Vorarlberg und Wien sind entsprechende Vorarbeiten im Gange.

Im Rahmen des Aufbaus des Warn- und Alarmsystems hat das Bundesministerium für Inneres neben anderen Kommunikationsnetzen eine sogenannte "Ringleitung" eingerichtet, die in Form eines unabhängigen, ständig betriebsbereit gehaltenen Fernsprechnetzes auf Einzel- und Konferenzgesprächsbasis zur Durchgabe von Meldungen von der Bundeswarnzentrale zu den Landeswarnzentralen und anderen befaßten Stellen dient. Mit der für 1991 vorgesehenen Einbindung der Sicherheitsdirektionen wird dieses System als weitgehend abgeschlossen betrachtet werden können.

Zu Frage 5:

Die Bundeswarnzentrale im Bundesministerium für Inneres fungiert für die im Gesundheitsministerium für den Strahlenschutz zuständigen Abteilung als Meldekopf. Die dortigen Fachleute sind rund um die Uhr über Personenrufgeräte erreichbar. Wird der Bundeswarnzentrale ein Störfall (via IAEA, ausländische Kontaktstelle, Strahlenfrühwarnsystem oder sonstige Kanäle) gemeldet, wird sofort mit den Strahlenschutzbeamten der Meldungsinhalt und mit der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik die Wetterlage telefonisch abgeklärt. Ergibt die Bewertung, daß Gefahr in Verzug ist, werden sofort alle zuständigen Stellen verständigt, die die entsprechenden Alarmpläne umzusetzen haben.

Erforderlichenfalls kann, nach vorheriger Benachrichtigung des ORF, die Bevölkerung über das Sirensystem durch die Bundeswarnzentrale bzw. die Landeswarnzentralen gewarnt bzw. alarmiert werden.

Aufgrund der Ergebnisse der österreichischen Bohunice-Kommission beauftragte im Jänner 1991 der Bundeskanzler das Bundeskanzleramt, im Einvernehmen mit allen befaßten Bundes- und Landesdienststellen einen speziellen Alarmplan im Hinblick auf einen möglichen Störfall im Kernkraftwerk Bohunice auszuarbeiten. Mein Ressort ist an dieser Arbeit, die ehestmöglich abgeschlossen werden soll, maßgeblich beteiligt.

F. Lang